

Ä-K16-425 Jetzt Demokratie verteidigen: Selbstbestimmung und Gerechtigkeit

Antragsteller*in: Sahra Damus

Änderungsantrag zu WP-3

In Zeile 86:

Wir wollen Frauen, stärker für die Arbeit in der Politik begeistern, sie vorbereiten und beim Einstieg oder Ausüben ihres Mandats unterstützen. Dafür stärken wir Empowerment- und Mentoringprogramme sowie Frauennetzwerke. Wer für seine politische Tätigkeit die Betreuung von Kindern oder Pflege von Angehörigen bezahlen muss oder Verdienstaufschläge hat, wird dafür entschädigt. Sitzungen sollen zu familienfreundlicheren Zeiten stattfinden und digital zugänglich sein. Wir setzen uns mit Partnern wie dem Brandenburger Städte- und Gemeindebund für die Einführung von Kommunikationskodexen ein, um den Umgang in den Kommunalvertretungen für alle angenehm zu gestalten. Die ~~wertvolle Arbeit~~ Schwelle zur Hauptberuflichkeit soll für kommunale Gleichstellungsbeauftragten auf 10.000 Einwohner*innen abgesenkt werden. Sie brauchen einheitliche Rechte und die Pflichten, denn das Grundrecht auf Gleichstellung darf kein kommunaler Flickenteppich sein. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass kommunale Beauftragte nicht für mehrere Zielgruppen gleichzeitig zuständig sind, denn darunter leiden alle dieser wichtigen Themen. Die queerfeministische Jugendarbeit sollen besser finanziell ausgestattet werden. Unser Ziel bleibt weiterhin die paritätische Besetzung aller Mandate in unseren Parlamenten.

Begründung

Ergänzung des Antrags der LAG Feminismus mit unseren konkreten Forderungen untersetzt. In der Kommunalverfassung wird es voraussichtlich erste Verbesserungen geben, die aus unserer Sicht aber nur ein erster Schritt sein können.